

Gedenkveranstaltung 2023 – Einleitung (Peter Pirker)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Angehörige aller Menschen, deren Namen sich auf unserem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal befinden,

ich möchte Sie im Namen des Vereins aegide sehr herzlich zu unserer Befreiungs- und Gedenkfeier begrüßen, die heuer zum elften Mal stattfindet, hier bei unserer Gedenkstätte, die Hans-Peter Profunser im Jahr 2012 geschaffen hat. Besonders begrüßen möchte ich Michael Ranacher, Neffe des Widerstandskämpfers Erich Ranacher, dem wir zu seinem 100. Geburtstag heute unsere Befreiungsfeier widmen. Gewidmet ist sie zugleich allen, die Erich Ranacher im Widerstand unterstützt haben, beispielsweise Maria Peskoller und ihrer Tochter Helga Emperger, die heute ebenfalls bei uns ist. Herzlich Willkommen Helga. Unser Bestreben, an die Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal zu erinnern wurde von Beginn an von namhaften Künstlerinnen und Künstlern unterstützt, so von Antonio Fian, der diese Hilfe heute mit einer Rede fortsetzt. Primus Sitter, den Sie bereits gehört haben, wird uns an der Gitarre durch die Veranstaltung begleiten. Seid begrüßt! Schließlich möchte ich Julia Bliem, Natalie Höfferer und Fabio Kampfner willkommen heißen. Sie besuchen die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Spittal und haben mit ihrer Lehrerin Anita Profunser ein Szenische Lesung vorbereitet.

--

Unter den 42 Menschen, an die wir mit unserem Denkmal erinnern, befinden sich eine Reihe von Widerstandskämpfern und politischen GegnerInnen des Nationalsozialismus. Das politische Projekt des Nationalsozialismus bestand darin, eine homogene deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen, die Europa beherrschen sollte.

Das Versprechen der Besserstellung und der Bevorzugung gegenüber all jenen, die den antisemitischen, rassistischen und sozialpolitischen Normen der Nationalsozialisten zu Folge minderwertig oder unwürdig waren, war für viele Menschen, die sich als deutsch definierten, attraktiv, für die einen, um sich aus Armut zu befreien, für die anderen, um ihren sozialen Status zu behalten, für Unternehmer, um ihre Profite durch Expansion zu steigern. Sie alle verbanden mit dem Nationalsozialismus in einer Zeit tiefer ökonomischer und politischer Krisen in den 1930er Jahren die Hoffnung auf eine bessere, prosperierende Zukunft. Freilich

war von Beginn an klar, dass es diese Zukunft nur für die „eigenen“ Leute geben sollte, und bei den „eigenen“ nur für die „Tüchtigen“ und unter den „Tüchtigen“ nur für jene, die sich politisch konform verhielten und so weiter. Es handelte sich um ein Glücksversprechen, das mit Repression einherging, ein Glücksversprechen, das sich durch permanente Teilung und Spaltung selbst zerfraß und in die größte Zerstörung von Leben mündete, die die Menschheitsgeschichte erlebt hat.

Doch dieses Projekts stieß auf Widerstand, weil sich überall in Europa Menschen dagegen wehrten, zu Objekten degradiert zu werden oder weil sie es nicht aushielten, an der Entfaltung dieses Unglücks mitzuwirken. Auf unserem Denkmal erinnern wir an Deserteure, die aus der Wehrmacht flohen und sich WiderstandskämpferInnen in Slowenien und Italien anschlossen, einer von ihnen war Stefan Hassler aus Dellach, ein anderer Erich Ranacher aus Lienz, beide junge Männer Anfang 20 aus einfachen Arbeiter- und Eisenbahnerfamilien. Beide waren bereit, viel zu riskieren, als sie auch in Oberkärnten Widerstand gegen das Nazi-Regime organisieren wollten. Sie beteiligten sich hier an einer Praxis der Rebellion und Befreiung, die eine lange Geschichte und viele Schauplätze hat. Ein frühes Dokument dieser Kämpfe ist die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in Frankreich im Jahr 1789. Im Artikel II heißt es: „Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.“

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus verkündeten die Vereinen Nationen 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die ein gegenüber dem Nationalsozialismus grundlegend anderes Versprechen für jeden einzelnen Menschen formulierte, nämlich die Achtung universeller, unteilbarer Freiheits- und Gleichheitsrechte. 1950 beschlossen die Mitglieder des Europarates, dessen Gründung WiderstandskämpferInnen aus vielen Nationen vorbeiratet hatten, die Europäische Menschenrechtskonvention. Und das Parlament der Republik Österreich, die am 27. April 1945 von ÖVP, SPÖ und KPÖ gegründet worden war, erklärte die Menschenrechtskonvention im Jahr 1964 zum Bestandteil der Verfassung.

ÖVP und SPÖ haben noch etwas Grundlegendes gemacht: Im Bewusstsein, dass Faschismus und Nationalsozialismus aus den verheerenden sozialen Folgen der Krisen des Kapitalismus entstanden sind, haben sie die Zweite Republik zu einem sozialen Staat, zu einem Wohlfahrtsstaat gemacht und sie bildeten durch dieses Einverständnis und trotz vieler

Konflikte eine starke politische Mitte. Man kann und soll die politischen, ökonomische und kulturelle Entwicklungen der Zweiten Republik in vielen Aspekten und ÖVP und SPÖ als fast permanente Regierungsparteien hinsichtlich vieler Versäumnisse und Fehltritte kritisieren – so wurde vielen Opfern des Nationalsozialismus erst sehr spät Anerkennung zuteil, Frauen und Minderheiten sehr lange grundlegende Rechte verwehrt – dennoch war es doch so, dass die antifaschistischen Kernelemente der Verfassung im Großen und Ganzen geachtet wurden und die Möglichkeit bestand, sie zu erkämpfen und einzuklagen und die Gesellschaft entlang der Prinzipien von Menschenrechten und Wohlfahrtsstaatlichkeit weiterzuentwickeln.

Wenn wir heute einen Satz aus einem Abschiedsbrief von Erich Ranacher lesen, den er kurz vor seiner Hinrichtung durch die Nazis geschrieben hat, nämlich „Ich wünsche euch die glücklichste Zukunft, nicht so wie ich sie hatte“, dann können wir feststellen, dass diese glückliche Zukunft für uns ein Stück weit wahr wurde, weil die staatstragenden Parteien sich über weite Strecken zu den Grundprinzipien von Freiheit, Gleichheit, Wohlfahrtsstaatlichkeit bekannten.

Geschützt werden diese Prinzipien durch die Institutionen des Rechtsstaats, was wiederum bedeutet, dass wir heute vergleichsweise wenig riskieren müssen, um gegen ihre Verletzung oder Nichteinhaltung aufzutreten. Ein langer Atem, beharrliches Engagement, das Formulieren von Kritik sind notwendig. Und die demokratischen Institutionen sind nicht perfekt und sie werden nie perfekt sein, aber sie waren bislang robust und offen für Veränderung. Und wir müssen nicht in den Krieg ziehen und Partisanen werden, um politischen Kräften entgegenzutreten, die die Europäische Menschenrechtskonvention oder Teile von ihr, etwa das Asylrecht abschaffen, aushöhlen oder für obsolet erklären wollen und Rechte stets nur für die angeblich „eigenen“ Leute fordern. Um ihre Macht zu beschränken, genügt es, sie nicht zu wählen. Was für ein Glück im Vergleich zu Faschismus und Nationalsozialismus.

Heute befinden wir uns in einer Situation, in der die Staatsgründungsparteien ÖVP und SPÖ schwach sind, vor allem darin, Ideen und Projekte für die Bewältigung der vielen Krisen, die wir erleben, zu entwickeln. Diese Schwäche zeigt sich beispielsweise eklatant daran, dass Spitzenpolitiker der ÖVP bei Gedenkveranstaltungen zwar der Opfer des Nationalsozialismus gedenken und das „Nie wieder“ beschwören, manche aber zugleich im Kampf um Wählerstimmen und Machterhalt bereit sind, den antifaschistischen Kompass auf die Seite zu

legen. Bundeskanzler Nehammer sprach sich am 5. Mai in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen gegen Rassismus und Antisemitismus aus, während der Obmann seiner Partei in Wien vorher Kriegsflüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, die sich mit mühevoller Arbeit am Wiener Brunnenmarkt eine Existenz schaffen, als Unzugehörige und damit rassistisch attackierte, bloß um sich bekannter zu machen und Punkte bei Anhängern der FPÖ zu sammeln. Ausländischen ArbeitnehmerInnen, die vor allem in der Altenpflege tätig sind, wurde die Familienbeihilfe gekürzt. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen in der Schule ihre Sprache nicht mehr verwenden dürfen, Wirte, die keinen Schweinsbraten servieren, sollen keine Förderung mehr erhalten – besteht bürgerliche Politik nun darin, die Freiheit und Gleichheit und damit das Glück anderer zu beschneiden? Dieser Pfad einer den Freiheitlichen nachgebenden sozialen Rohheit führt geradewegs zu jenen Spaltungen, vor denen bei der nächsten Gedenkveranstaltung bestimmt gewarnt werden wird. Sozialer Zusammenhalt wird so nicht gedeihen. Ich möchte sagen, dass dieses Abweichen von antifaschistischen Prinzipien das Gegenteil ist, von jenem Wunsch, den Erich Ranacher vor dem Gang zum Schafott niedergeschrieben hat: „Denkt ewig an mich, so wie ich es bis zum Letzten an Euch erfülle. Seid ebenfalls stark und mutig, so wie ich es bin. Ich wünsche euch die glücklichste Zukunft, nicht so wie ich sie hatte.“